

Ansprache des ÖRK-Generalsekretärs auf dem Weltgipfel „Für soziale Entwicklung“

1. Ich freue mich, Ihnen anlässlich dieses Gipfeltreffens politischer Verantwortlicher aus aller Welt die Grüße des Ökumenischen Rates der Kirchen überbringen zu dürfen, dessen Generalsekretär ich bin. Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von 324 orthodoxen, anglikanischen und evangelischen Mitgliedskirchen in mehr als einhundert Ländern in aller Welt. Die Gedanken, die ich Ihnen heute vortragen möchte, basieren auf Jahrzehnten des Dialogs zwischen den christlichen Kirchen und zunehmend auch mit Vertretern anderer Religionen. Darüber hinaus haben die beiden internationalen römisch-katholischen Netzwerke, CIDSE (Internationale Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Solidarität) und Caritas Internationalis, betont, daß ihre Ansichten über soziale Entwicklung mit denen des ÖRK weitgehend übereinstimmen.

2. Seit seiner Gründung tritt der Ökumenische Rat der Kirchen für ein christliches Engagement im Kampf um soziale Gerechtigkeit ein und stützt sich dabei auf die Überzeugung, daß die materiellen nicht von den geistlichen Bedürfnissen der Menschen getrennt werden können. Dies gilt sowohl für den einzelnen wie auch für Gemeinschaften. Aus dieser Überzeugung heraus hat der Rat vor fünfzig Jahren aktiv die Gründung der Vereinten Nationen unterstützt, nicht lediglich als ein Instrument souveräner Staaten, sondern als die Verkörperung der Hoffnungen der Völker der Welt auf Frieden, Respektierung der Menschenrechte, einschließlich der Religionsfreiheit, sowie auf Befreiung aus Not und Elend.

3. Dieser Weltgipfel für soziale Entwicklung könnte kaum zu einem kritischeren Zeitpunkt stattfinden, denn überall auf der Welt ist die Sozialpolitik heute in Gefahr. In zahlreichen Ländern höhlen Armut und Ungerechtigkeit das Fundament ohnehin schwacher demokratischer Systeme aus. Selbst in den Industriestaaten werden die Sozialleistungen zugunsten des Wirtschaftswachstums abgebaut. Arbeitslosigkeit und Armut nehmen zu. Fast überall wird die Kluft zwischen Arm und Reich von Tag zu Tag größer.

4. In dem Maße, wie die Weltwirtschaft globalisiert wird, konzentriert sich auch die wirtschaftliche und politische Macht mehr und mehr in den Händen einer kleinen Gruppe Privilegierter. Die Globalisierung des Marktes verändert unsere Welt in rasantem Tempo, wobei die Rolle nationaler Regierungen durch Deregulierungsmaßnahmen geschwächt und die Leistungsfähigkeit zwischenstaatlicher sozialer Einrichtungen eingeschränkt wird. Wer soll für die Interessen der Menschen eintreten, wo Institutionen des privaten Sektors eine immer größere Rolle auf der Ebene der Weltwirtschaft spielen? Wer soll die Rechte der armen Länder und der Kleinstaaten schützen vor der Beherrschung durch die Handvoll mächtiger Akteure auf der Weltbühne?

5. Angesichts dieser Herausforderung bildet sich heute eine potentiell mächtige dritte Kraft heraus: die Zivilgesellschaft. Überall entstehen soziale Bewegungen und nichtstaatliche Organisationen auf Freiwilligenbasis; gleichzeitig läßt sich eine Wiederbelebung der Religionen beobachten, ein Zeichen dafür, daß die geistlichen, kulturellen und materiellen Bedürfnisse der Menschen unauflöslich miteinander verbunden sind. Durch Weltgipfel wie diesen fördern die Vereinten Nationen das Ent-

stehen einer internationalen Zivilgesellschaft, die als eine wesentliche Komponente der sozialen Entwicklung und als ein zentraler Bestandteil einer neuen Weltordnung gesehen werden muß. Voraussetzung dafür ist jedoch die allgemeine Anerkennung elementarer Gerechtigkeitsstrukturen im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich, und dies erfordert einen grundlegenden Bewußtseinswandel sowie eine Veränderung der herrschenden Wertvorstellungen.

6. Ein solch grundlegender Paradigmenwechsel ist z. B. im Blick auf die Rolle des wirtschaftlichen Wachstums notwendig. Gewiß hat die Zunahme der Weltproduktion in den vergangenen Jahrzehnten, zumindest für bestimmte Bevölkerungsgruppen, spürbare Verbesserungen mit sich gebracht. Und in vielen Teilen der Welt ist das Wirtschaftswachstum eine absolute Notwendigkeit, um Beschäftigung und Einkommen zu schaffen und allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Doch die Trendentwicklung – die sich auch aus den Vorbereitungsdokumenten für dieses Gipfeltreffen herauslesen läßt – zu offenen Märkten und Wirtschaftswachstum als ein probates Heilmittel für fast alle sozialen Krankheiten muß kritisch in Frage gestellt werden. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1991 in Canberra erinnerte uns daran, daß „Wachstum um des Wachstums willen die Strategie der Krebszelle ist“. Genauso, wie der Mensch ein Gespür für das Minimum entwickelt hat, das zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse unerlässlich ist, sollten wir uns auch Gedanken darüber machen, welches das Maximum ist, bevor uns Maßlosigkeit in die Katastrophe führt.

7. Parallel zum Anstieg der Weltproduktion hat aber auch die Zahl der Armen zugenommen. Auf internationaler wie häufig auch nationaler Ebene vergrößert sich die Kluft zwischen Arm und Reich und bedeutet wirtschaftliches Wachstum mehr und mehr ein Wachstum ohne Schaffung von Arbeitsplätzen, wodurch Ungleichheit und Ausgrenzung noch verschärft werden. Offensichtlich kann Wirtschaftswachstum allein die sozialen Probleme nicht lösen. Wenn behauptet wird, daß wirtschaftliches Wachstum eine unabdingbare Voraussetzung für die Beseitigung von Armut ist, dann ist zu fragen, warum es trotz jahrzehntelanger Anwendung wachstumsorientierter Entwicklungsstrategien immer noch Armut gibt?

8. Wir sind der Meinung, daß es an der Zeit ist, unsere Argumente zu überdenken. Warum sollten wir nicht einmal von der Annahme ausgehen, daß eine Politik mit dem Ziel, Armut abzubauen, langfristig Arbeitsplätze zu schaffen und die Umwelt zu erneuern und zu schützen, zu einer bestandsfähigen menschlichen Entwicklung führen wird? Ein solcher Ansatz steht im Gegensatz zu der gängigen Vorstellung, die bei wirtschaftlichen Maßnahmen ansetzt und – entgegen der empirischen Beweislage – darauf vertraut, daß der Nutzen auf alle Schichten der Gesellschaft „herabsickern“ wird. Sozial- und Umweltpolitik tauchen in diesem Konzept nur als Korrektiv oder Nachtrag auf.

9. Dieser alternative Ansatz setzt voraus, daß die von den politischen Entscheidungen Betroffenen von Anfang an aktiv an der Entscheidungsfindung beteiligt werden. Anstatt des Sickerprozesses „von oben nach unten“ wird mit diesem Ansatz die Richtung „von unten nach oben“ angestrebt: Man geht von den Bedürfnissen lokaler Gemeinschaften aus und entwickelt auf dieser Grundlage globale Handlungsstrategien. Mehrere Organisationen arbeiten bereits nach diesem Prinzip. Auf internationaler Ebene beispielsweise hat das Entwicklungsprogramm der Vereinten

Nationen den jährlichen Bericht zur menschlichen Entwicklung eingeführt, der das wirtschaftliche Wachstum qualifiziert, indem er es den Indikatoren für die soziale Entwicklung zur Seite stellt. Organisationen in der Zivilgesellschaft haben die wirtschaftliche und finanzielle Effizienz gemeinschaftsorientierter Entwicklungskonzepte unter Beweis gestellt. Ein Beispiel dafür ist die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft, die Darlehen an wirtschaftlich existenzfähige Unternehmen vergibt, die bestimmten sozialen Zielsetzungen entsprechen.

10. Solche alternativen Ansätze müssen mit einer Reihe von kurzfristigen Maßnahmen gefördert werden. Vordringlich sind hier:

- Stärkung der Vereinten Nationen: Die internationalen wirtschaftlichen Akteure, wie z. B. transnationale Konzerne, müssen stärker überwacht werden und die internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen wie der Weltwährungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation müssen, wie in der Charta für die Vereinten Nationen vorgesehen, einer Rechenschaftspflicht unterliegen.
- Streichung der Auslandsschulden der am wenigsten entwickelten Länder und Reduzierung um mindestens 50 % der Schulden der Länder mit mittlerem Volkseinkommen. Diese Maßnahme muß begleitet sein von einer gründlichen Revision der Strukturanpassungspolitik, wobei der sozialen Entwicklung und dem Umweltschutz höchste Priorität eingeräumt werden muß. Das von Organisationen der *guyanischen Zivilgesellschaft neu entwickelte „alternative Strukturanpassungsprogramm“* kann hier als Beispiel dienen.
- Verwirklichung des Ziels der Vereinten Nationen, daß bis zum Jahr 2000 alle OECD-Länder 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe bereitstellen. Überlegungen zur Quantität der Entwicklungshilfe müssen mit Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Qualität gekoppelt sein. Deshalb sollten mindestens 20 % der öffentlichen Entwicklungshilfe für die soziale Entwicklung und die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller verwendet werden.

11. Was können „die Völker der Welt“ von diesem Gipfeltreffen für soziale Entwicklung, auf dem so zahlreiche lobenswerte Absichten formuliert werden, erwarten? Meiner Ansicht nach besteht das gegenwärtige Dilemma darin, daß wir uns auf ein soziales Entwicklungsmodell stützen, wenn wir unsere Absichten erklären, jedoch von einem wirtschaftlichen Wachstumsmodell ausgehen, wenn wir handeln. Nichts weniger als ein neu bekräftigter, massiv bekundeter politischer Wille ist erforderlich, wenn wir so handeln wollen wie wir reden. Nicht nur verwaltungsmäßige, rechtliche, technische oder technologische Veränderungen sind erforderlich, sondern Schritte hin zu lebensbejahenden Werten, einem Wandel der Herzen und Sinne. Die Förderung einer Kultur der Solidarität und des Lebens ist ein Hauptanliegen von Glaubensgemeinschaften in der ganzen Welt. Dies ist der Bereich, in dem religiöse Organisationen ihren wichtigsten Beitrag leisten können. Die auf diesem Weltgipfel angesprochenen Probleme stellen eine grundlegende Herausforderung dar. Wir sind gewillt, diese Herausforderungen anzunehmen.

Kopenhagen,
6. März 1995

Konrad Raiser